

Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen.¹

Eindrücke und Gedanken auf der Reise nach und
in Wales vom 3. bis 17. Mai 2011

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 93.6

Nach der Rückkehr III von III

Brief an
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
OV Neustadt am Rübenberge
z. Hd. Andreas Plötz

20. Mai 2011

"Umbuchung" vom Mitglied zum Sympathisanten

Regionale Wirtschaftspolitik für Neustadt
Bundestagsabgeordneter Kindler im Dialog mit Uwe Sternbeck
Kommentierung einer Pressemitteilung durch T.A.

Zeugnisse von früherem Engagement in der FDP

¹ Der Titel – ich habe nachgeschaut – stammt von Matthias Claudius

Lieber Andreas,

nach der Rückkehr aus Wales finde ich die von Dir als E-Mail-Anhang zugesandte aktuelle Mitgliederliste vor. Du schreibst: „Anbei die aktuelle Mitgliederliste! Fehler, Ergänzungen etc. bitte mitteilen!“

Da ich nur noch Sympathisant der Grünen bin, mußt Du mich „umbuchen“. Ich erinnere an meine Texte 75.0 bis 5.3 „Mein Abschied von den GRÜNEN“ .

http://www.tristan-abomeit.de/pdf/75.0%20Abschied_von_den_GRUENEN.pdf

Es ist ja betrüblich, wenn ein Ortsverband mit wenigen Mitgliedern ein Mitglied verliert, besonders wenn es sich um ein Gründungsmitglied der Grünen handelt – Friedel Hogrefe bleibt ja nur noch übrig als Verbindungsglied zu den Anfängen der Partei - , aber ein Mitglied, das nicht mehr richtig den Karren schieben oder ziehen kann oder will, kann auch Ballast werden. Und als Sympathisant kann ich Euch dort unterstützen, wo ich es für sinnvoll halte und entspannt Dinge zur Kenntnis nehmen, die mir nicht gefallen.

Ich war ganz überrascht, als ich erfuhr, daß meine Tochter Frauke (als Nichtmitglied der SPD) auf der SPD-Liste für den Ortsrat in Mardorf kandidiert. Wilfried Müller – in der Nachbarschaft - hat sie geworben. Vorher wurde sie von der Wählergemeinschaft gefragt. Ich bin gar nicht auf die Idee gekommen, sie zu fragen, ob sie für die Grünen kandidieren will, weil sie auch ohne Mandat ein großes Päckchen an Arbeit zu bewältigen hat.

Frauke ist aber auch ein guter Hinweis auf meinen langjährigen politischen Einsatz. 1968 hat sie in Bremerhaven als Säugling auf meinem Schoß gesessen, wenn ich meine Briefe und Texte für die von mir mitgegründete *Liberal Soziale Partei* geschrieben habe. Danach habe ich mich in und für die FDP krumm gemacht. (Ich scanne meinen Wahlzettel für die Wahl zum Stadt- und Ortsrat 1976 ein und hänge ihn an. Bei der Wahl zum Kreistag 1972 hatte man Jürgen Ralfs und mich auf dem Wahlzettel vergessen. Wir hätten die Wahl anfechten können, haben es aber unterlassen. Siehe Anhang.) Als FDP-Mitglied war ich schon in die Gründung der Grünen Liste Umweltschutz einbezogen. Zuletzt habe ich für die FDP Wahlplakate aufgehängt und die GLU gewählt. Die Verletzungen, die mir später die grüne Partei zugefügt hat, spüre ich noch heute. Aber ein alter Spruch von mir lautet: „Eine Partei ist ein Karriere-Sprungbrett für wenige Mitglieder aber ansonsten eine Idealismusausbeutungsmaschine. Da-

hinter vermute ich keine Böswilligkeit, sondern die generelle Untauglichkeit dieser Institution politische Probleme wirklich lösen zu können. Auch ist es kein Ausdruck von Charakter-
schwäche, wenn Mitglieder versuchen, ihre christliche, konservative, sozialistische oder liber-
täre Ansichten und Haltungen prägend in eine Partei einzubringen. Die charakterliche Schwä-
che offenbart sich in der Form wie das geschieht und wie sie sich in der grünen Partei gezeigt
hat.

Die Grünen haben inzwischen einen wachsenden Zuspruch bei den Wählern. Dieser Zuspruch
ist aber in der Hauptsache der Schwäche der anderen Parteien zu verdanken. Das zunehmende
Vertrauen der Wähler haben die Grünen - sachlich gesehen - noch nicht verdient. Die Grünen
müssen politisch auf einen durch die Sozialwissenschaften verursachten diffusen Erkenntnis-
stand über die sozialökonomischen Problemlagen operieren. Das gewollte und angestrebte
Gute in der politischen Aktion kann so nur ein Zufallstreffer sein. Dabei habe ich keine Vor-
stellung davon, wie das geändert werden könnte. Die Ideenwelten in den Köpfen der Men-
schen unterliegen durchaus Entwicklungen, sie sind aber nach meiner Einsicht nicht lenkbar,
auch wenn die jeweils Mächtigen versuchen, die Erkenntnisse der Humanwissenschaften zu
diesem Zweck zu mißbrauchen.

Auf der Reise nach und in Wales hatte ich durch Dinge, die ich sah, und Texte, die ich las, viel
Gelegenheit über den *Staat und die Demokratie* und über das Thema *Krieg und Frieden* nach-
zudenken. Das Ergebnis meiner Bemühungen, diese Gedanken in der Schriftsprache zu erfassen,
ist an anderer Stelle meiner „Erzählungen“ einzusehen.

Im Anhang befindet sich außer den komunalpolitischen Dokumenten aus der Vergangenheit
auch noch meine Kommentierung der Pressemitteilung „Regionale Wirtschaftspolitik für
Neustadt Bundestagsabgeordneter Kindler im Dialog mit Uwe Sternbeck“ von Steffen Schla-
kat. Ich habe sie zwischen die Absätze geschrieben.

Es grüßt Dich / Euch

Tristan

Regionale Wirtschaftspolitik für Neustadt

Bundestagsabgeordneter Kindler im Dialog mit Uwe Sternbeck

Pressemitteilung des Ortsverbandes Neustadt a. Rbge. ²
von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN vom 19. 5. 2011
formuliert von Steffen Schlakat

Immer mehr Kommunen stecken in der Krise: Knappe Kassen lassen nur noch wenig Handlungs- und Gestaltungsfreiraum für Stadträte und Verwaltungen. Wie Neustadt sich dennoch weiterentwickeln kann und was auf Bundesebene getan werden muss, um den Kommunen wieder ein Stück Lebendigkeit zurückzugeben, erläuterte Sven-Christi-an Kindler von Bündnis 90 / Die Grünen. Auf der Veranstaltung des Ortsverbandes for-derten Kindler und Bürgermeisterkandidat Sternbeck, den Mittelstand zu stärken und in diesem Zug mit gezielter Entbürokratisierung kleinere Unternehmen zu fördern. Um diese Entwicklung abzusichern, sollte ein Mindestlohn deutschlandweit eingeführt wer-den, so sind sich Kindler und Sternbeck einig.

Das sind gute Ansätze, aber ...

Ich bekomme regelmäßig das > P.T. Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft / Offizielles Magazin des Wettbewerbs „Großer Preis des Mittelstandes“ < zugeschickt. Dieses Magazin versteht sich als Sprachrohr des Mittelstandes und betont, daß hier die Arbeits- und Ausbildungsplätze bereit gestellt werden.

Dr. Helfried Schmidt, verantwortlicher Redakteur vom P.T. Magazin sagt in der Ausgabe 3 / 2011:

„GoogleNews listete deutschlandweit von Januar bis Mitte April 108 000 Nachrichten zu den Suchbegriffen „Konzern“ oder „Dax“ auf. Es geht um nur 0,3% aller Betriebe. Die übrigen 99,7% aller Betriebe, der Mittelstand, kommt kaum vor: In gerade mal 10 600 Nachrichten findet sich der Begriff „Mittelstand“. Deshalb gibt es das P.T. Magazin. „Es ist UNSER Maga-zin, weil es für uns, den Mittelstand steht“, schrieb uns Bernhard Helbing, Unternehmer und Verbandspräsident.“

Wenn eine Bewertung nach den Umsätzen und der Anzahl der Arbeitsplätze geht, sieht die Prozentzahl anders aus. Das bedeutet aber nicht, daß die mittelständischen Betriebe

² Einfügungen und Kommentierungen in der Schrift Franklin Gothik Book – zentriert - wurden von mir, TA, vorgenommen.

in der Politik und im Bewußtsein der Bürger nicht ständig unterbewertet werden.

Die Schwierigkeiten beginnen schon mit der Definition von „Mittelstand“. Auch wenn man nur den selbständigen Mittelstand nimmt, erfaßt der Begriff "Selbständige" vom Würstchenbudenbetreiber über den Frisiersalon, der Arztpraxis bis hin zu Fertigungsbetrieben mit hunderten von Mitarbeitern. Diese Aussage beschreibt aber nicht die eigentlichen Schwierigkeiten.

Die eigentlichen Schwierigkeiten finden Ihren Ausdruck u. a. darin, daß sogar viele Bürger, die den Meistertitel erworben haben, sich scheuen, sich selbständig zu machen.

Die Gründe liegen u. a. darin:

- daß jahrzehntelang die Unternehmer als die kapitalistischen Ausbeuter hingestellt wurden;
- das Haftungs- und Steuerrecht so kompliziert geworden ist, daß ein Jungunternehmer (immer in weiblicher und männlicher Form gedacht) schon beim Start nicht ohne eine kostenaufwendige Fremdhilfe auskommt;³
- daß es - so wie zwischen dem unverschuldeten Eigentümerlandwirt und dem Pächter keinen chancengleichen Wettbewerb gibt - keine Chancengleichheit zwischen Unternehmen mit hoher Eigenkapitalquote und solchen mit einer hohen Fremdfinanzierung gibt;
- in der Angst durch einen Konkurs das zu verlieren, was man schon oder noch hat und zusätzlich in einer langjährigen Schuldknechtschaft zu landen;

Die Hauptschwierigkeit liegt aber seit Jahrzehnten in der konjunkturellen Situation, die die Märkte verunsichert. Diese konjunkturelle Unsicherheit ist aber von den Bundesregierungen und Bundestagen in Folge zu verantworten. Die Unsicherheiten sind nicht naturgesetzlich begründet, sondern in der falschen Programmierung der Marktwirtschaft. Informationen über die Ursachen und Auflösungsansätze dieser Unsicherheiten in die Politik einzuspeisen, war über die Jahrzehnte bis heute trotz des großen Umfanges nicht möglich.

Einen Mindestlohn in der jetzigen Situation zu fordern ist durchaus sinnvoll. Ein Lohn der die Frau, den Mann nicht nährt, muß ja durch öffentliche Zuschüsse ergänzt werden. Und diese Ergänzungen müssen sowohl auch jene Unternehmen mitfinanzieren, die mit jenen Unternehmen in einem Konkurrenzverhältnis stehen, die Arbeitnehmer mit unterwertigen Löhnen beschäftigen, wie auch jene Arbeitnehmer, die zwar einen ernährenden Lohn erhalten, aber schon genug mit öffentlichen Abgaben belastet sind.

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindestlohnhöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohnes hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden."
So Alfred Müller-Armack, einer der Väter der ursprünglich gedachten Sozialen Marktwirtschaft, in seinem Buch "Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft", 1990, S. 119.

3 Wie das Haftungsdenken unser Handel einschränkt macht Folgendes deutlich. Gestern, am 19. 5. 11, fand mit dem Bürgermeister Uwe Sternbeck (Grüne) und der Ortsbürgermeisterin und Bürgermeisterkandidatin Cornelia Schulze (CDU) hier in Mardorf eine Ortsbegehung statt. Am Schützenplatz, der zum Eigentum der Realgemeinde gehört, erläuterte ein Vorstandsmitglied der Realgemeinde die ergänzende Neubepflanzung des alten und schönen Baumbestandes. Da hier früher auch ein Karussell zum Anschieben für Kinder stand, daß für mich mit meinen Kindern - als sie noch klein waren - ein interessanter Anlaufpunkt war, habe ich gefragt, wann denn wieder ein neues Karussell "gepflanzt" würde. Darüber müßte der Vorstand beraten bekam ich zur Antwort. Ein Mitglied der CDU riet aber wegen der Haftungsfrage von einem solchem Vorhaben ab.

Siehe zum Mindestlohn auch: <http://de.wikipedia.org/wiki/Mindestlohn>

Das Hauptaugenmerk sollte aber darauf liegen, so Kindler, den Unternehmen Planungssicherheit und Kontinuität, gerade im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz, zu gewährleisten.

Die Planungssicherheit wird es so lange nicht geben, solange die Politik von Tageseinfällen und Abgrenzungsbemühungen gegenüber politischen Konkurrenten bestimmt wird.

Ich verweise an dieser Stelle auf einen Buchtitel, der auch in meinem Reisegepäck war: "Ökosozial oder katastrophal / Die Politik hat die Wahl" von Walter Meier-Solfrian, 2011, Verlag für Sozialökonomie.

Arbeitgeber vor Ort würden eine Stadt attraktiv machen – besonders für junge Schulabgänger. Besonders kleine und mittlere Unternehmen bieten die meisten Ausbildungsplätze in Deutschland an. Auch indem die Stadt in Kita- und Krippenplätze investiert, würde sie sich für Fachkräfte, die sich ansiedeln möchten, attraktiv machen. Dies ist ebenfalls eine Möglichkeit, sich im Wettbewerb um Fachkräfte gegen andere Städte durchzusetzen, eine positive Ansiedlungsquote und eine beständige regionale Wirtschaft zu schaffen. Auch Weiterbildungsangebote spielen eine immer wichtigere Rolle.

Das ist alles richtig, besonders dann, wenn Neustadt nicht nur eine Schlafstadt werden will. Aber alle Parteien - einschließlich der grünen - sind in Bezug auf Kinderbetreuung, Schulen und Berufsausbildung im zentralverwaltungswirtschaftlichen (umgangssprachlich im Kommunismus) gefangen. Zu einer Gesellschaft der Freien gehört ein freies Bildungswesen. Und dieses ist nur dadurch zu erreichen, daß Kindergärten, Schulen und Aus- und Fortbildungsstätten öffentliche Kulturunternehmen in privatrechtlicher Trägerschaft werden. Die Finanzierung ist über ein individuelles Bildungsguthaben ohne Mehraufwand möglich. (Selbstverständlich kann ein Bürgermeisterkandidat ohne Verankerung dieses Gedankens in der Bevölkerung so nicht reden.)

Um in Kita, Kindergärten und Ähnliches zu investieren seien Einnahmen, wie zum Beispiel durch die Gewerbesteuer aber unabdingbar. Insgesamt müsse den Städten wieder mehr Handlungsspielraum ermöglicht werden und dies gelinge nur, so betont Sternbeck, durch höhere Einnahmen.

Es ist naheliegend von der Gewerbesteuer zu sprechen. Unter Wikipedia ist zu lesen: "Die Gewerbesteuer trägt maßgeblich zur Finanzierung der [Gemeinden](#) bei und ist ihre wichtigste originäre Einnahmequelle. Sie ist – aus unterschiedlichen Gründen – eine deutsche Ausnahmeerscheinung und im Ausland in vergleichbarer Form nicht anzutreffen."

Daß die Gemeinden ausreichend finanziert werden müssen, ist selbstverständlich, selbstverständlich ist heute nicht mehr, in welcher Weise, in welcher Höhe und mit welcher Wirkung für die selbständigen und unselbständigen Bürger die Staatshaushalte finanziert werden sollten. Im Steuerrecht liegt doch eine der Ursachen der Verkomplizierung des gesellschaftlichen Lebens und der schwächelnden Wirtschaft.

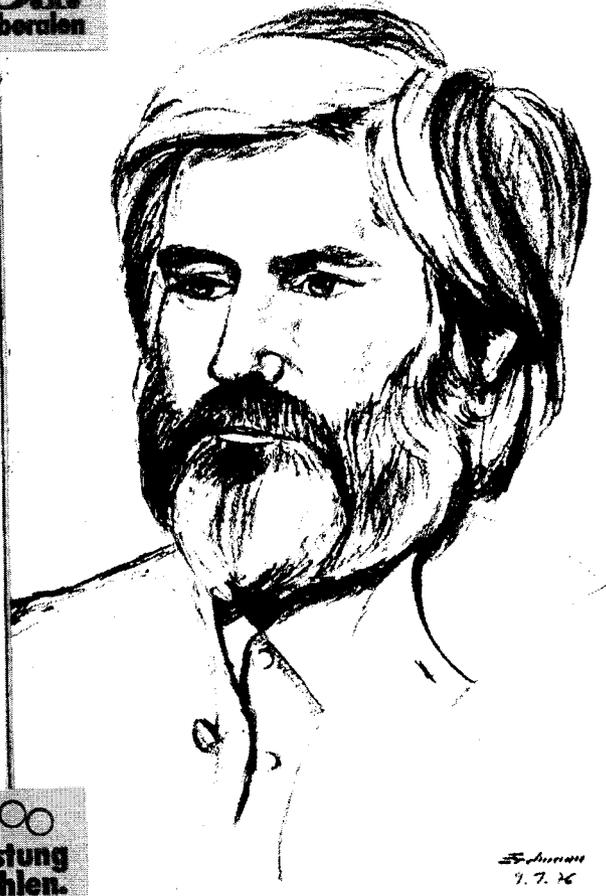
Die Bürgermeister der Städte und Gemeinden müssen über die Städte- und Gemeindeta- ge Druck auf die Länder und den Bund ausüben, so wie die Ortsverbände der Parteien in dieser Angelegenheit Druck auf ihre Landes- und Bundesverbände ausüben müssen.

STADTRATS- und ORTSRATS-WAHL Versprechen können Parteien und Kandidaten vor der Wahl vieles. Halten können sie ihre Versprechungen selten. Das liegt nicht am schlechten Charakter der Volksvertreter, sondern an den sogenannten Sachzwängen, z.B. Finanznot und Kompetenzbegrenzung. Die neue Stadt Neustadt soll trotz der Sogwirkung der Großstadt Hannover und trotz des Landkreischarakters ein Siedlungsgebilde werden, in dem man sich wohlfühlen kann. Dafür müssen die früher selbständigen Orte einerseits ihren Eigencharakter bewahren können, aber andererseits besser in die Kernstadt integriert werden (z.B. Verkehrs- und Telefon-Netz). Die Planungsunterlagen sollten den Bürgern leichter zugänglich gemacht werden, die Sitzungen der Ortsräte besser und früher angekündigt werden. Wenn die Ortsräte auch nicht viel Mitwirkungsmöglichkeit erhalten haben, so sollten sie sich doch als Anwälte ihres Ortes verstehen. Für alles das werde ich mich mit der FDP einsetzen.

Solange er jedoch besteht, ist es notwendig, daß die Liberalen auch dort ihre Korrekturfunktion ausüben. Dafür werde ich mich mit der FDP einsetzen.



WAHL von KREISTAG und VERBANDSVERSAMMLUNG Die Gebietsreform hat uns ein



Schneener
1.7.76



Verehrte Mardorfer, Schneener und Eilveser!
Am 3. Oktober haben wir die Mitglieder von fünf Parlamenten zu wählen. Fünf Stimmzettel sind für den Wähler schon fast eine Zumutung, aber auch eine Chance, die Parteien und deren Kandidaten differenziert zu bewerten. Wichtig ist dabei: Nur auf dem weißen Stimmzettel für die Bundestagswahl können Sie zwei Kreuze machen! (Erst- und Zweitstimme). --- Auf allen anderen Stimmzetteln können Sie nur ein Kreuz machen, und zwar entweder für eine Partei oder für einen bestimmten Kandidaten einer Partei. Ihr Kreuz auf der FDP-Liste ist für meine Partei und mich eine Verpflichtung!

Ihr Kandidat für den Stadt- und Ortsrat
Tristan Abromeit (grad. Volkswirt)

BUNDESTAGSWAHL + Trost und Zuspruch für die Unentschlossenen und Unzufriedenen +

Der Wahlkampf 1976 läuft. Der Wähler fragt sich: "Wen soll ich wählen?" "Welche Partei wird gewinnen?" "Uns" und "Wir" werden Sie von jeder Partei zu hören bekommen. Nehmen Sie es von der sportlichen Seite! Spätestens nach der Auszählung der Stimmen werden Sie wissen, wer im Bundestag mitreden und wer mitregieren darf. Es gibt viele Gründe, die bisherigen Bundestagsparteien nicht mehr zu wählen. Es gibt aber noch mehr Gründe, die FDP-Fraktion zu stärken. Es gilt nicht nur, die Alleinherrschaft einer Partei zu verhindern, sondern auch die FDP als Sprachrohr für Bürgerinitiativen und Minderheiten zu erhalten. Gerade die FDP muß nämlich, wenn sie ihre eigene Existenz nicht gefährden soll, viel schneller auf Kritik aus der Bürgerschaft reagieren als die CDU und die SPD. Das ist Ihre Chance, und zwar erst recht, wenn Sie Ihren Willen durch die Mitgliedschaft in der FDP noch stärker zum Ausdruck bringen. Bitte wenden!

Fortsetzung :

Da wenige Prozente der Wählerstimmen über den Verbleib oder Wechsel der Regierung entscheiden, wird von allen Parteien versucht, die Wählerreserven zu mobilisieren. Lassen Sie sich aber nicht von dem Schlagwort "Wahlpflicht" breitschlagen! Auch die Nicht-Wahl, bzw. Stimmenthaltung ist Ihr Recht, für das ich mich mit meinen Parteifreunden einsetze.

"Freiheit oder Sozialismus", das ist der Schlachtruf der CDU/CSU in diesem Wahlkampf. Die CDU hat ihre Zeit in der Opposition nicht genutzt, um darüber nachzudenken, was denn eigentlich mit "Sozialismus" gemeint ist und wie wohl mehr an Freiheit zu verwirklichen ist. Haben Sie etwa von einem Mitglied der CDU/CSU jemals eine einleuchtende Erklärung dafür gehört, warum so viele engagierte und geistig wache Mitbürger sich für den Sozialismus begeistern? Der Grund dafür kann doch nicht nur Blindheit oder Dummheit der Mitbürger sein oder gar Böswilligkeit.

Es ist doch eine staatsbürgerliche Pflicht und ein Akt der Selbsterhaltung, auf Ungerechtigkeiten und Mängel in der Gesellschaftsordnung hinzuweisen. Und wenn gerade Lehrer auf eine Änderung der Zustände hinwirken, so können wir darüber froh sein; denn nichts verdirbt junge Menschen so sehr wie geistige Lauheit der Erzieher.

Betrübt können wir darüber sein, daß den reformwilligen und einsatzbereiten Mitbürgern kein freiheitliches Gegenmodell zum Marxismus aufgezeigt wird. Hier liegen die Versäumnisse der CDU (auch der FDP und SPD). Fragen Sie doch Vertreter der CDU, wie sie u.a. Folgendes erreichen wollen:

- Vollbeschäftigung ohne fortwährende Eingriffe des Staates
- Stabile Währung ohne Gängelung der Bürger und ohne massenweise Konkurse von Unternehmen
- Landwirtschaft ohne Almosenempfänger
- Gründung freier Existenzen für durchschnittlich begabte und betuchte Handwerker, Kaufleute und Künstler
- Stop der Machtzusammenballung in der Wirtschaft
- Begründung eines freiheitlichen und selbstverantworteten Netzes der Sozialvorsorge
- Schaffung eines Schulwesens, das nicht fortwährend die Eltern, Kinder und Lehrer gängelt und für das Leben untüchtig macht.

Ich habe "die Väter" der Sozialen Marktwirtschaft, die CDU-Politiker und Professoren Ludwig Erhard und Müller-Armack in der Ev. Akademie Loccum danach befragt. Eine Antwort darauf habe ich von ihnen und auch von anderen CDU-Politikern nicht bekommen.

Die CDU hat ihre Zeit in der Opposition mit Nörgeleien vertan, statt darüber nachzusinnen, was sie in den fünfziger und sechziger Jahren versäumt hatte. Sie gehört daher für eine weitere Legislaturperiode auf die Oppositionsbank. Die CDU muß ihre Lektion nachholen.

Die Mitglieder der SPD in ihrer Gesamtheit sind genauso gute und genauso schlechte Marktwirtschaftler wie die der CDU (und auch der FDP).

Sicher ist es so, daß in der SPD ein größerer Teil der Mitglieder sich enttäuscht von dem abgewandt hat, was als "Soziale Marktwirtschaft" praktiziert wurde und wird. Diese Abwendung von dem, was ist, kann den Jungsozialisten nicht übelgenommen werden. Bedenklich ist aber: Bisher wurde nicht erkannt, daß die marktwirtschaftliche Ordnung eine Bedingung für die Freiheit des Einzelnen und der Gruppen ist.

Statt nach den Störungsursachen des jetzigen Systems zu suchen, wollen die marxistischen Sozialisten in der SPD das eine Übel eintauschen gegen das größere Übel der Zentralverwaltungswirtschaft.

Die Marktwirtschaft als Mittel zur Befreiung der Arbeitnehmer und der Unternehmer (nicht der Kapitalisten) bleibt ungenutzt. Die marktwirtschaftlich orientierte Mehrheit in der SPD wird wohl noch eine Weile benötigen, bis sie begreift, daß gesellschaftliche Probleme nur dann durch Staatseingriffe behoben werden können, wenn die Maßnahmen an den Wurzeln angesetzt werden und strikt auf die Grundlagenregelung begrenzt werden.

Die Freiheit geht nicht unter, wenn die CDU/CSU in Bonn in der Opposition bleibt.

Das Paradies werden wir auch noch nicht erleben, wenn die SPD/FDP-Koalition in Bonn weiterregieren kann. Sollten Sie zu jenen Wählern gehören, die vom Zweifel über die richtige Stimmabgabe geplagt werden, dann wählen Sie die Partei, die ihren Mitgliedern keinen Maulkorb umhängt!

Wählen Sie die F.D.P. als die Partei, die den Weg zur Freiheit am weitesten ausgekundschaftet hat! Geben Sie der F.D.P. eine weitere Chance, mit einer starken Fraktion im Bundestag für Freiheit und Soziale Gerechtigkeit zu kämpfen!

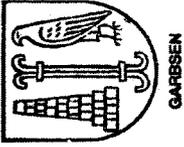




STEINHUDE



WUNSTORF



GARBSEN

Leine-Zeitung

Neustädter Anzeiger Wunstorfer Anzeiger Garbfener Anzeiger

REGIONALBEILAGE DER HANNOVERSCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG

Neustadt a. Rbge., 21./22. Oktober 1972



BERENBOSTEL



MANDELSLOH



NEUSTADT

Jahrgang Nr. 246

Muß die Wahl wiederholt werden?

Kreiswahlausschuß übersah zwei FDP-Kandidaten im Bezirk I (Nordkreis)

Neustadt (gb). Die Wahl zum Kreistag am Sonntag, dem 22. Oktober muß im Bezirk I (Neustadt/Nordkreis) möglicherweise wiederholt werden. Dieser in der Nachkriegsgeschichte des Landkreises Neustadt einmalige Eklat kann durch das Versehen des Kreiswahlausschusses ausgelöst werden. In der Sitzung des Ausschusses am 21. September, wo die eingereichten Wahlvorschläge der Parteien SPD, CDU und FDP sowie der beiden Einzelbewerber geprüft wurden, hatten sowohl der Sachbearbeiter als auch die Mitglieder des Wahlausschusses übersehen, daß auf der eingereichten Liste der FDP auf der anderen Seite mit dem Diplom-Kaufmann Jürgen Rahlfs (Neustadt) und dem Bankkaufmann Tristan Abromeit (Mardorf) zwei weitere Kandidaten auf Platz neun und zehn zum Vorschlag eingereicht worden waren. Der Vermerk auf der Liste „bitte wenden“ war überlesen worden.

Dieser Fehler kann zur Wiederholung der Kreistagswahl im Bezirk I (Neustadt/Nordkreis) führen. Nach dem Wahlggesetz, muß eine Wahl für ungültig erklärt werden, wenn sowohl eine Partei als auch nur ein einziger Wahlberechtigter Einspruch wegen eines Formfehlers erheben.

Diesen möglichen Einspruch deutete Diplom-Kaufmann Jürgen Rahlfs (Neustadt) am Donnerstagabend im Studio des Freizeitzentrums Leinepark an, wo der FDP-Kreistagskandidat mit den übrigen Kandidaten Bodo Messerschmidt (SPD)

und Peter Weber (CDU) auf Einladung des Leiters vom Freizeitzentrum, Bernd Rehländer, mit den Mitgliedern der Landjugend über kommunalpolitische Themen diskutierte.

„Mit einem Einspruch ist zu rechnen“, meinte Rahlfs, der aber betonte, dieser Einspruch gegen die Gültigkeit der Kreistagswahl im Nordkreis würde von ihm und dem Mardorfer FDP-Kandidaten nicht erhoben werden, sicherlich jedoch aber von einem Wähler oder auch von der Partei.

Beim schummerigen Licht der spärlichen Beleuchtung im Studioraum wurde im übrigen von den rund 20 Jugendlichen fair und sachlich diskutiert. Die Kandidaten der Parteien hatten ausreichend Gelegenheit sich vorzustellen und ihre Ansichten über die Kreistagspolitik vorzubringen.

Leichte Wahlkampfstimmung kam auf, als beispielsweise Rahlfs der Neustädter Kreisverwaltung mangelnde Sparsamkeit vorwarf („der personelle Aufwand ist zu hoch“) und Messerschmidt ihm entgegenhielt, diese Ausgaben seien eben nötig, um Einrichtungen für die Bevölkerung des Kreises zu schaffen, auch wenn man dabei Schulden machen müßte. Der CDU-Kandidat Weber antwortete auf Fragen zur Verwaltungs- und Gebietsreform („der Landkreis Neustadt wird sicherlich nicht in seinem Gebiet verändert, sondern als Ganzes in die sogenannte Region übernommen, die auch das Umland umfassen“). Auch die Schulpolitik wurde diskutiert.